MEIN BERLIN NACHRICHTEN AG

19. Juni 2025

Rechtsextreme Gewalttäter verurteilt: Gericht spricht klare Sprache

Ein Berliner Gericht hat vier Jugendliche wegen politisch motivierter Körperverletzung verurteilt. Urteile wurden im Juni 2025 gefällt.

Berlin, Deutschland - Ein Jugendschöffengericht des Amtsgerichts Tiergarten in Berlin hat am 19. Juni 2025 vier junge Männer im Alter von 17 bis 20 Jahren wegen gefährlicher Körperverletzung verurteilt. Die Angeklagten, die dem rechtsextremen Spektrum zugeordnet werden, hatten bei einer rechten Kundgebung in Berlin am 14. Dezember 2024 einen gezielten Angriff auf ein Ehepaar durchgeführt, das als Mitglieder der SPD erkennbar war.

Florian K. (20 Jahre) erhielt eine Jugendstrafe von 2 Jahren und 8 Monaten, Elias U. (19 Jahre) muss 2 Jahre und 6 Monate absitzen. Phillipp B. (20 Jahre) wurde zu 2 Jahren und Pascal K. (17 Jahre) zu 1 Jahr und 9 Monaten verurteilt. Das Gericht

entschied zudem, dass Phillipp B. und Pascal K. über eine mögliche Strafaussetzung zur Bewährung erst in einem späteren Termin entschieden wird.

Der Angriff und seine Motive

Die Angeklagten trafen an einer Bushaltestelle auf das Ehepaar und griffen den Mann tätlich an. Während des Angriffs, der politisch motiviert war, wurde die Frau ebenfalls angegriffen, als sie ihrem Mann zu Hilfe kommen wollte. Die Polizei, die schnell eingriff, musste sich ebenfalls Angriffe und Beleidigungen der Angeklagten aussetzten. Allerdings wurde Pascal K. von den Vorwürfen befreit, da er sich nicht an den Übergriffen auf die Polizeibeamten beteiligte.

Das Gericht stellte fest, dass die Angriffe nicht nur impulsiv waren, sondern aufgrund ihrer politischen Motivation eine besonders hohe Gefährlichkeit aufwiesen. Dies spiegelt die allgemeinen Trends wider, die mit Hate Crimes in Verbindung stehen, also kriminellen Handlungen, die von Vorurteilen motiviert sind. Diese Form der Gewalt zielt häufig auf Personen ab, die aufgrund ihrer politischen Einstellung oder Zugehörigkeit angegriffen werden. In Deutschland rufen solche Taten nicht nur Einzelfall-Reaktionen hervor, sondern sind Teil einer umfassenderen gesellschaftlichen Debatte über Rassismus und rechtsextreme Gewalt.

Gesetzliche Rahmenbedingungen und gesellschaftliche Reaktionen

Die Stärkung der rechtlichen Mittel zur Bekämpfung von Hate Crimes hat in Deutschland an Bedeutung gewonnen. Während die Staatsanwaltschaft in diesem Fall höhere Strafen beantragt hatte, bleibt das Urteil bislang nicht rechtskräftig und kann angefochten werden. Rechtspolitische Diskussionen, wie sie im Bundestag stattfinden, zeigen, dass bestehende Gesetze hinsichtlich der Bekämpfung von Rechtsextremismus und

Hasskriminalität diskutiert werden und ein umfassenderes Handeln nötig ist.

Vor dem Hintergrund schockierender Vorfälle wie den rassistischen Morden von Hanau betonen Politiker aller Parteien die Dringlichkeit, den Kampf gegen rassistische Gewalt und Rechtsextremismus ernst zu nehmen. Die Unterstützung für Gesetzentwürfe zur Stärkung der straffreien Strafverfolgung ist in den letzten Jahren gewachsen. Experten argumentieren, dass besondere Tatbestände für Hate Crimes erforderlich sind, um die spezifischen Hintergründe der Taten angemessen zu berücksichtigen.

Die öffentliche Debatte über mögliche Änderungen im Strafgesetzbuch und die Rolle von sozialen Medien bei der Verbreitung von Hass ist erst kürzlich neu entfacht worden. Aktuelle Vorschläge beinhalten die Notwendigkeit von Fortbildung für Ermittler und die Einführung zusätzlicher rechtlicher Rahmenbedingungen, um den Herausforderungen von Hate Crimes zu begegnen.

Details	
Ort	Berlin, Deutschland
Quellen	• www.berlin.de • www.bpb.de • www.bundestag.de

Besuchen Sie uns auf: mein-berlin.net